

## Apple und EU kämpfen um Milliarden

Es geht um eine Steuernachzahlung.

**Luxemburg.** Die juristische Schlacht zwischen Apple und der EU-Kommission um die Rekord-Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro in Irland ist voll entbrannt. Der I-Phone-Konzern bekräftigte am Dienstag vor dem EU-Gericht in Luxemburg, dass die Erträge von zwei irischen Tochterfirmen vor allem in den USA zu versteuern gewesen seien. Die Kommission warf Apple vor, nur Verwirrung zu stiften. Sie betonte ihre Sichtweise, dass Irland die Steuern zu niedrig angesetzt habe.

Der I-Phone-Hersteller fühlt sich dagegen doppelt zur Kasse gebeten. „Apple zahlt jetzt rund 20 Milliarden Euro Steuern in den USA auf dieselben Gewinne, die laut der Kommission auch in Irland besteuert werden müssten“, erklärte der US-Konzern. EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager hatte Apple im August 2016 aufgefordert, die Milliardensumme in Irland nachzuzahlen, weil das Land dem Konzern eine unzulässige Sonderbehandlung bei den Steuerkonditionen gewährt habe.

Bei dem Streit geht es nicht nur um viel Geld. Für die in Europa oft gefeierte Kommissarin Vestager war der Fall ein Höhepunkt ihrer bisherigen Laufbahn. Eine Niederlage könnte ein entsprechend schwerer politischer Rückschlag für sie werden. Zudem könnte das Verfahren für Streit zwischen den USA und Europa über die Besteuerung amerikanischer Unternehmen sorgen. *dpa*

## Wirtschaft: EU muss mehr tun bei Seidenstraßen-Projekt

**Berlin.** Die deutsche Wirtschaft hat die Europäische Union aufgefordert, eine Antwort auf die chinesische Seidenstraßen-Initiative zu geben. „Es reicht nicht, beständig über das chinesische Projekt zu klagen, wir müssen es aktiv mitgestalten“, sagte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, am Dienstag in Berlin. Es sei in der EU fünf Jahre lang über Strategien gesprochen worden, bisher aber wenig passiert.

China will mit der sogenannten Belt & Road-Initiative seinen Einfluss in der Welt ausbauen. Es geht um Milliardeninvestitionen in Straßen, Schienenwege, Häfen und andere Infrastruktur für neue Handelskorridore nach Europa, Afrika, Lateinamerika und innerhalb Asiens. Kritiker warnen gerade ärmere Länder vor einer Schuldenfalle und politischer Abhängigkeit von Peking. Bemängelt wird auch, dass häufig nur chinesische Unternehmen zum Zuge kämen und faire Ausschreibungen fehlten.

Büchele sagte, die Seidenstraße könne zu einem wichtigen Entwicklungsimpuls auch für die europäische Wirtschaft werden. Dies werde aber nur gelingen, wenn sich die EU durch aktives Handeln zu einem ebenbürtigen Partner Chinas entwickle.

„Wir dürfen nicht länger zusehen, wie China mit großer finanzieller Power bilaterale Projekte in Südosteuropa, dem Südkaukasus oder Zentralasien realisiert und dabei immer stärker seine Spielregeln durchsetzt“, so Büchele. „Wir brauchen eine Verständigung mit Peking über gemeinsame, bindende Standards und eine Beteiligung europäischer Unternehmen an Belt & Road-Projekten.“ *dpa*

# „Die schwarze Null ist eine Zwangsjacke“

Ostfalia-Professor Olaf Schlotmann erklärt, dass Deutschland seinen Verschuldungsspielraum nutzen sollte – für dringend nötige Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung.

Von Hannah Schmitz

**Braunschweig.** Mit der schwarzen Null will die Politik strikt Neuverschuldung vermeiden. Doch der heilige Gral der Großen Koalition gerät immer stärker in die Kritik. Olaf Schlotmann, Professor für die Ökonomie des Finanzsektors an der Fakultät Recht der Ostfalia-Hochschule in Wolfenbüttel, sagt, dass die schwarze Null dringend nötige Investitionen verhindert – und zu einer unnötig expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) führt.

**Herr Schlotmann, für die 30- bis 69-Jährigen in Deutschland ist die wirtschaftliche Situation so gut wie lange nicht. Laut einer Allensbach-Studie glauben trotzdem 41 Prozent von ihnen, dass Deutschland wirtschaftlich zurückfallen wird, weil es zum Beispiel bei wichtigen Technologien den Anschluss verpassen könnte. Ist diese Angst begründet? Droht Deutschland eine Rezession?**

Sie droht nicht nur Deutschland, sondern der Weltwirtschaft. Sie würde Deutschland aber kälter erwischen als andere Staaten, weil wir eine klassische Exportwirtschaft sind. Der Leistungsbilanzüberschuss – also Waren und Dienstleistungen, die ins Ausland gehen – liegt in Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt bei rund sieben Prozent. Das bedeutet, dass wir sieben Prozent weniger verbrauchen als wir herstellen. Das Ausland sichert also unsere Beschäftigung.

Deshalb sind wir so stark angewiesen auf unsere Chemie- und Autoindustrie – Familienvans zum Beispiel können auch Franzosen bauen. Aber wenn ein reicher Chinese einen Audi A8 oder ein reicher US-Amerikaner einen Porsche kaufen will, dann können sie das nur in Deutschland. Eine Volkswirtschaft, die wie in den USA oder Frankreich zunächst einmal die einheimische Binnenwirtschaft bedient, ist besser vor einem Rückgang der Exporte geschützt.

**Die deutsche Wirtschaft von heute auf morgen auf weniger Exporte und mehr Binnennachfrage umstellen und sie damit krisenfester zu machen, dürfte aber schwierig werden...**

Das stimmt. Deutschland muss aber die Weichen dafür stellen, indem es mehr in Sektoren wie Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz und in die Berufe von heute investiert. Mit SAP haben wir nur ein einziges IT-Unternehmen, das im Dax notiert ist. Auch mit dem Klimaschutz müsste Geld zu verdienen sein. Ich glaube immer noch, dass es zum Beispiel ein Fehler war, die einst starke deutsche Solarbranche letztlich China zu überlassen. Die aktuelle Geldpolitik trägt nicht dazu bei, dass sich die Industrie zukunftsfähig wandelt.

**Sie spielen auf die schwarze Null an, die zurzeit sehr diskutiert wird. Das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft fordert eine Abkehr vom ausgeglichenen Haushalt. Sehen Sie das auch so?**

Unbedingt. Die schwarze Null hat die amtierende Regierung ja in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das heißt, sie darf nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt. Jede Investition, die der Staat tätigen will, darf deswegen nicht aus Neuverschuldung entstehen, sondern zulässig durch Steuern oder eine Umschichtung des Bundeshaushalts finanziert werden. Dafür muss man



Ein Auto fährt an einer Baugrube vorbei, in der Leerrohre für Glasfaserleitungen für schnelles Internet liegen.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE / DPA



Olaf Schlotmann, Professor für Ökonomie des Finanzsektors.

FOTO: PRIVAT

**„Mit der schwarzen Null tun wir das Gegenteil von dem, was mit der Schuldenbremse beabsichtigt war: nämlich für Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu sorgen.“**

Olaf Schlotmann

### Fakten

■ **Die schwarze Null** bezeichnet einen ausgeglichenen Haushalt, das heißt, die Schulden übersteigen nicht die Ausgaben. Sie ist keine gesetzliche Vorschrift, wird aber von der derzeitigen Großen Koalition angestrebt. Im Bund wurde sie 2014 erstmals seit 45 Jahren erreicht.

■ **Die Schuldenbremse** gilt seit 2016 für den Bund, ab kommen-

den Jahr für die Länder. Sie ist im Grundgesetz festgeschrieben und erlaubt dem Bund eine maximale Neuverschuldung von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr, das sind rund 12 Milliarden Euro. Ausnahmen gelten für Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen.

■ **Die Maastricht-Kriterien** traten 1993 in Kraft, 1999 folgte der

Stabilitäts- und Wachstumspakt, der zuletzt 2011 reformiert wurde. Die Vereinbarungen sollen die Staaten der Währungsunion zur Haushaltsdisziplin verpflichten. Ihre Gesamtverschuldung müssen sie demnach auf 60 Prozent der eigenen Wirtschaftsleistung drosseln. In Deutschland fällt die Verschuldung in diesem Jahr erstmals seit 17 Jahren wieder unter die 60-Prozent-Marke.

### Was meinen Sie damit?

Im Moment ist Deutschland dabei, die Verschuldungsgrenze von 60 Prozent aus dem Maastricht-Vertrag sogar zu unterschreiten. Alle anderen G7-Länder haben regelmäßig eine Staatsschuldenquote von deutlich über 90 Prozent. Abgesehen davon, dass diese Grenze recht willkürlich festgelegt wurde – Ökonomen haben keine klare Antwort auf die Frage haben, ob es überhaupt eine angemessene Staatsschuldenquote für eine Volkswirtschaft gibt – müssen wir festhalten, dass Deutschland das sauberste dreckige T-Shirt von allen hat. Nur, was nützt das Deutschland? Im Ausland versteht das auch kaum jemand, der deutsche Staat wird als fanatisch wahrgenommen.

### Angenommen, Deutschland würde auf den ausgeglichenen Haushalt pfeifen, was würde passieren?

Das würde ein wenig die Last von der Geldpolitik nehmen. Die EZB hat letzte Woche nur so radikale Maßnahmen beschlossen, weil Länder wie Deutschland ihren fiskalpolitischen Spielraum nicht nutzen. Würde Deutschland die Schuldenbremse ausreizen, also sich auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschulden, wäre das schon ein

kleiner Beitrag zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum in Deutschland. Und je stärker dadurch das Wirtschaftswachstum stimuliert wird, desto weniger stark muss die EZB den Leitzins niedrig halten.

Schulden zu machen, wäre außerdem auch ein Zeichen des Bemühens an die restlichen europäischen Staaten, es wäre Teamplay. Aber die Politik befürchtet, von der Schwarzen Null abzuweichen, würde eine Art Dammbrechung auslösen und wäre auch ein Brechen des Wahlversprechens, das die CDU gegeben hat.

**Der Leitzins hat eine direkte Auswirkung auf die Währung. Der Euro liegt derzeit bei 1,10 US-Dollar und ist damit doch sehr unterbewertet. Welche Auswirkungen hat das?**

Das ruft natürlich den US-Präsidenten Donald Trump auf den Plan. Denn je niedriger der Leitzins, desto mehr wertet der Euro ab. Das erhöht wiederum den Wert des Dollars. Wenn etwa Procter und Gamble bei den aktuellen Wechselkursen Umsätze in Europa macht, sinkt bei ihnen die Gewinnmarge. Trump setzt deshalb die US-amerikanische Zentralbank, die Fed, unter Druck, ebenfalls die Zinsen zu senken. Eine Entscheidung der Fed steht heute an. Experten rechnen damit, dass die Währungshüter den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte senken werden. Die Zinspolitik der EZB hat übrigens auch stark dazu beigetragen, dass die Bundesregierung überhaupt eine schwarze Null erreicht hat. Dadurch musste sie so gut wie keine Zinsen auf die bestehenden Verbindlichkeiten zahlen.

**Kann man Ihrer Meinung nach also sagen, Deutschland hat die EZB zu einer Verschärfung ihrer lockeren Geldpolitik ermuntert?**

Deutschland hat sie mitzuverantworten, weil es nicht investiert. Trotzdem schimpfen wir darüber, weil uns die Geldpolitik nicht gefällt. Und sie ist auch gefährlich, weil sie Trump dazu verleiten könnte, auf die deutschen Autoexporte Zölle zu erheben. Was haben wir dann mit der schwarzen Null gewonnen? Wir haben keinen Klimaschutz betrieben, weil er uns zu teuer ist. Wir haben die EZB ermuntert, die Zinsen noch einmal zu senken mit den Folgen, dass der Wechselkurs weiter fällt. Und das verstehen die anderen wiederum als Währungskrieg, der zu weiteren Zöllen führen kann. Die strukturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft mit zu viel Export, zu viel Autos und zu wenig Technologie und IT behebt die schwarze Null nicht.